

Von Demokratiegefährdung zum Projekt „Solidarische Moderne“

Die meisten Strategieüberlegungen für den Kampf gegen Rechts kreisen darum, die Frage der bedrohten Demokratie ins Zentrum zu stellen und dafür Verbündete zu suchen. Das knüpft an die bisherige inhaltliche Bestimmung der Brandmauer mit eben diesem Thema an. Damit können bisher noch notdürftig die Parteien der liberalen Mitte und des (mehr oder weniger) progressiven Spektrums zusammengeschlossen werden, der weitere Aufstieg der Rechten wird aber keineswegs verhindert. Dies hat meines Erachtens zwei Gründe: Zum Einen läuft der Warnruf: „Ihr seid demokratiefeindlich“ bei den realen und potenziellen Wählern der Rechten ins Leere. Sie betrachten ihre Wahlentscheidung als legitimes demokratisches Recht, welches im Gegenteil von den „Altparteien“ bedroht wird. Sie sehen sich auch nicht als Autoritäre oder Faschisten, die etwa einen Führer wieder haben oder Wahlen abschaffen wollen etc. Dafür finden sich in der Tat auch kaum Belege. Allerdings haben Rechtsparteien eine ganz andere Vorstellung von Demokratie: Sie wollen ohne den Umweg juristischer Prüfungen, ethischer und wissenschaftlicher Bedenken direkt den Mehrheitswillen des „Volkes“ zur Geltung bringen, und sie würden dafür bestehende Institutionen liberaler Demokratie wie die Gewaltenteilung, die Wissenschaft, Minderheitenrechte etc. schleifen. Das ist ein Angriff nicht auf Demokratie im Sinne von einer Herrschaft des Demos, sondern auf die Institutionen liberaler und sozialer Demokratie. Die Anklage müsste also eher lauten: Menschenrechte, Checks and Balances, der Sozialstaat, moderne Reflexionsinstanzen (öffentlicher Rundfunk, Autonomie staatlich finanzierter Wissenschaft und Kunst etc.) sind durch euch gefährdet. Dies ist jedoch kaum auf einen überzeugenden Begriff zu bringen und zudem sind solche Qualitäten moderner Gesellschaft, wenn sie denn überhaupt verstanden werden, Rechtswählern ziemlich gleichgültig.

Die Brandmarkung „Demokratiegefährdung“ war und ist für die Gegenmobilisierung notwendig und wird vielleicht auch manche von der Wahl der Rechten abgehalten haben. Hinreichend für eine Abwehr des weiteren Aufstiegs der Rechten ist sie nicht. Mindestens sind weitergehende Anklagen als Antimoderne, als Reaktionäre, als menschenrechtsfeindlich, als unsozial u.ä. nötig. Aber auch eine inhaltlich verbesserte Rhetorik des „Gegen“ wird nicht ausreichen. Wir müssen, und das ist der zweite Punkt, zusätzlich zur Abwehr des Reaktionären das Progressive besser in Stellung bringen, wie dies in vielen Beiträgen hier und woanders auch immer wieder angesprochen wird.

Ein, wenn nicht sogar das große progressive Projekt am Anfang des 21. Jahrhunderts ist die sozial-ökologische Transformation. Der Aufstieg der Rechten ist wesentlich eine Gegenbewegung gegen ihre zarten Anfänge. Sie mobilisieren Bauern gegen Umweltschutzauflagen, Hausbesitzer gegen das Heizungsgesetz, Autofahrer gegen fahrradfreundliche Verkehrspolitik, sie wollen Klimaschutz zurückfahren, da „unser Land“ dadurch in der Konkurrenz zurückfallen würde etc.

Auch in nicht unmittelbar mit der sozial-ökologischen Transformation verbundenen Politikfeldern ist die Konfliktachse ähnlich. Rechtswähler wollen Bewegungs- und Geschäftsfreiheit auch in Zeiten einer Pandemie, ohne mit Einschränkungen belastet zu werden. Sie wollen ihr Business oder ihre Position im alltäglichen Kapitalismus halten oder auszubauen, da stört solidarische Rücksichtnahme nur. Für Entwicklungshilfe etwa ist „unser Geld“ zu schade und Lieferkettengesetze schwächen unsere Firmen und „unser Land“. Deswegen ist man auch gegen Wirtschaftsboykotte, die „uns“ etwas kosten. Sie fordern niedrigere Steuern, weil sie keine Sozialleistungen mehr finanzieren wollen für Leute, die es nicht verdient haben. Aber auch jenseits vom Materiellen wollen Rechtswähler nicht auf Empfindlichkeiten von Minderheiten Rücksicht nehmen müssen, etwa in der Sprache oder in Programmen zur Förderung von Gleichheit im öffentlichen und betrieblichen Leben.

Die Rechten bauen, leider erfolgreich, die Gegenposition zur Bewegung für eine in ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen stärker solidarische Lebensweise, die letztlich ein „Weniger Kapitalismus“ bedeuten würde, auf. Wenn wir den Zulauf für diese „Konterrevolution“ stoppen wollen, müssen wir sozial-ökologische Transformation weniger als notwendige Anstrengung, welche noch „On Top“ auf die vielen ohnehin schon vorhandenen Probleme hinzukommt, verstehen und propagieren. Im Gegenteil: Die Visionen „unserer“ Transformation müssen stärker an realen und/oder empfundenen Leiden der ihr bisher skeptisch bis ablehnend gegenüberstehenden Schichten ansetzen, etwa an wirtschaftlicher Existenzangst, der Erfahrung mangelnder Work-Life-Balance und dem Gefühl des Abgehängt-Seins.

Ohne die sozial-ökologische Transformation als (auch) individuelle Befreiung aus diesen (realen und/oder gefühlten) Leiden zu denken und zu praktizieren, wird sie nicht hegemonial werden und damit die rechte Gegenbewegung zurückdrängen können. Die Hoffnung auf ein besseres eigenes Leben, in dem diese Leiden abgeschafft oder zumindest stark reduziert sind, und die Hoffnung auf eine dies ermöglichende bessere Gesellschaftsordnung, ist bislang tragendes Movens noch jeder historischen transformativen bzw. revolutionären Bewegung in der Neuzeit gewesen, sei es in der französischen Revolution das Verlangen nach gleichen bürgerlichen und politischen Rechten, in der Arbeiterbewegung bis Mitte des 20. Jahrhunderts die Aussicht auf eine bessere persönliche Stellung im „Sozialismus“ oder in der kulturevolutionären Bewegung 1968 ff. die Aussicht auf Ausbruch aus als einengend empfundenen hierarchischen Verhältnissen in Familie, Kultur und Gesellschaft.

Unsere Frage sollte also sein: Was könnte in der jetzigen Konstellation des drohenden langjährigen Patts sozial-ökologische Transformation vs. Gegenbewegung von Rechts dieses befreiende Moment sein? Durch welche Politiken einer „solidarischen Moderne“, könnte ein solcher Prozess, ein solcher Diskurs der Befreiung von ökonomischer Unsicherheit, unzufriedenstellenden Entfaltungsoptionen und Gefühlen des Abgehängt-Seins ermöglicht werden und Teil der sozial-ökologischen Transformation werden?

Ulrich Schachtschneider

geb 1962

Ausbildung als Stahlbetonbauer, Energietechnik-Ingenieur und Sozialwissenschaftler

arbeitet als Energieberater und freier Sozialwissenschaftler

Themen: Energiepolitik, Postwachstumskonzepte, Moderne Gesellschaft und Nachhaltigkeit

aktiv in der BAG Climate Justice der Linkspartei und der Grundeinkommensbewegung

www.ulrich-schachtschneider.de